

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
11.01.2012**

Landtagsgrüne fordern endgültige Aufgabe Gorlebens

Antrag zum Neubeginn der Endlagersuche in Deutschland

Die grüne Landtagsfraktion wird in die Plenarsitzung in der kommenden Woche einen Antrag zum Neubeginn der Endlagersuche in Deutschland einbringen. Die Grünen betonen, dass als wichtigstes Kriterium für einen Neubeginn festgeschrieben wird, dass vor der Auswahl der Standorte die Sicherheitsanforderungen für alle geologisch in Frage kommenden Wirtsgesteine, Methoden und Orte nach wissenschaftlichen Maßstäben festgelegt werden müssen. "Wenn schon vorher ein möglicher Endlagerstandort benannt ist, besteht die Gefahr, dass die Sicherheitsanforderungen weiterhin dem Standort angepasst werden. In Gorleben ist das in der Vergangenheit durch den Wegfall der Anforderung eines Mehrbarrieresystems bereits geschehen", betonen die Grünen-Politiker Stefan Wenzel und Miriam Staudte.

Wenzel erklärt: "Der Standort Gorleben muss endgültig aufgegeben werden. Vertrauen in einen Endlagersuchprozess kann nur entstehen, wenn diese neue Suche wirklich ergebnisoffen ist und in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren erfolgt."

Die vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (vsG) ist nach Ansicht der Grünen nur ein Mittel, schon jetzt Genehmigungsunterlagen für Gorleben zu erarbeiten. Die Fraktion appelliert auch anlässlich des Treffens der Bundesländer zum Neubeginn der Endlagersuche am 12. Januar keine "politischen Formelkompromisse" einzugehen. Staudte erklärt: "Sicherheit muss oberste Priorität haben. Nur mit dem bestmöglichen Verfahren findet man auch den bestmöglichen Standort."

Hier finden Sie den Antrag (<http://www.miriam-staudte.de/cms/default/dokbin/400/400701@de.pdf>)